Um hierbei noch effizienter wirken zu können, richtet die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände der Bundesrepublik in Abstimmung mit unserem Ministerium in den nächsten Wochen in Berlin eine Zentralstelle ein. Damit soll das Angebot erfahrener Verwaltungspraktiker aus der Bundesrepublik zur zeitweiligen Unterstützung unserer Kommunal Verwaltung einerseits und der vielfach geäußerte Wunsch von Kommunen unseres Landes nach solchen Partnern noch besser koordiniert werden.

Ohne mit dieser Aufzählung Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, möchte ich in Beantwortung Ihrer Frage weiter bemerken, daß es ein umfassender Teil der Arbeitsaufgaben der Leiter und Mitarbeiter meines Ministeriums ist, insbesondere in den Kommunen und Kreisen selbst mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Tagtäglich werden in hohem Umfang Fragen beantwortet, wird Hilfe gegeben.

Gestatten Sie mir trotzdem noch eine weitere Bemerkung. Wenn auch z. T. noch verständlich - auf Grund der Handhabung der vergangenen 40 Jahre -, so möchte ich doch darauf hinweisen, daß mit der Herausbildung der kommunalen Selbstverwaltung nicht mehr alles von oben kommen kann und man nicht immer und überall auf alles von oben wartet. Ein hohes Maß an Selbständigkeit ist gefragt. Aber da, wo begründet Hilfe erforderlich ist, wird sie gegeben. - Ich bedanke mich.

(Schwacher Beifall bei der Koalition)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Wir hatten ursprünglich für heute noch die Fragen an den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten, also Fragen an den Ministerpräsidenten direkt, vorgesehen. Durch die Geschäftsordnungsdebatte heute früh, wo wir die Fragestunde nicht gleich eröffnen konnten, ist der Ministerpräsident jetzt nicht mehr da. Der Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika, Baker, ist hier im Hause, und sie sind zusammen. Ich denke. Sie haben Verständnis dafür, daß ich darum diese Fragen jetzt nicht aufrufe. Das muß dann zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Ohnehin sind die Fragen 2 und 3 an den Ministerpräsidenten zurückgezogen worden. Das können Sie in Ihrer Drucksache Nr. 86 notieren.

Damit ist die Fragestunde beendet. Ich schlage Ihnen vor, daß wir die gewonnene Zeit nutzen, um ganz kurz die zusätzlich auf die Tagesordnung gekommenen Punkte zu erledigen. Ich denke, daß wir das sozusagen von unten machen können.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Antrag der Fraktion der PDS, betreffend Überweisung des Antrages der DSU vom 17.6.1990 an den Auswärtigen Ausschuß.

Ich schlage Ihnen vor, daß wir über diese Überweisung jetzt ohne Debatte abstimmen, weil ich denke, das Pro und Contra ist in diesem Hause durch die Erklärungen hinreichend diskutiert worden. - Wir klingeln bitte. - Ich werde Ihnen dann anschließend - das will ich Ihnen jetzt schon sagen, damit wir die Zeit ausnutzen - zum **Tagesordnungspunkt 11** vorschlagen -, den Antrag der Fraktion der Liberalen, betreffend Personen, gegen die wegen Verdachts auf terroristische Verbrechen Haftbefehle erlassen wurden, an den Rechtsausschuß zu überweisen.

Es handelt sich schlicht darum, daß Rechtsfragen geklärt werden müssen, ehe überhaupt klar entschieden werden kann, wofür die Volkskammer in dieser Angelegenheit zuständig ist, zu beschließen. Es geht schlicht um die Klärung der Rechtsfragen, die durch diesen Antrag aufgeworfen worden sind. Das heißt, da beantrage ich Überweisung an den Rechtsausschuß.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, und zwar frage ich Sie jetzt: Wer ist dafür, daß der Antrag der DSU vom 17.6. 1990 zusätzlich zu den anderen bereits beschlossenen Überweisungen auch an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen wird? Ich bitte um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wir müssen wieder zählen. Also noch einmal: Wer der Überweisung des Antrages der DSU vom 17.6. in der vorgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. -

Wer stimmt gegen die Überweisung, den bitte ich um das Handzeichen. -

Entschuldigung! Wir haben hoffentlich die Zustimmung notiert.

Wer enthält sich der Stimme? -

Stimmenthaltungen brauchen wir nicht zu zählen. Es sind wenige Stimmenthaltungen. Die Stimmenthaltungen brauchen wir nicht zu zählen.

Während die Zahlen ermittelt werden, frage ich Sie, ob Sie bereit sind, auch über meinen Vorschlag, den Antrag der Liberalen an den Rechtsausschuß zu überweisen, abzustimmen. Zur Geschäftsordnung, bitte schön.

Von Ryssel(Die Liberalen):

Der Antrag sollte auch direkt zur Beschlußfassung gestellt werden in der Regierung. Er braucht meines Erachtens nach nicht unbedingt in den Rechtsausschuß, weil die Problematik bekannt ist. Wir sind auch daran interessiert, in der Regierung eine Lösung zu finden.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Hier geht es um Zuständigkeiten, die zunächst geklärt werden müssen. Es geht zunächst darum, daß Zuständigkeiten geklärt werden müssen, wer für solche Dinge zuständig ist. Dafür sind nämlich unter Umständen Gerichte zuständig.

Wünscht noch jemand zu dem Überweisungsantrag an den Rechtsausschuß, über den ich jetzt abstimmen lassen muß, das Wort? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wer ist dafür, daß wir diesen Antrag zunächst an den Rechtsausschuß überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. -

Wer ist dagegen? -

Wer enthält sich der Stimme? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen und ganz wenigen Enthaltungen ist das zunächst erst einmal an den Rechtsausschuß überwiesen.

Noch was dazu, bitte.

Barthel (CDU/DA):

Ich meine, daß die Überweisung gleichermaßen an den Innenausschuß erfolgen müßte, da in diesem Zusammenhang Probleme der erteilten Staatsbürgerschaft zu überprüfen sind, und das allein kann der Rechtsausschuß nicht machen.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Danke schön. Das ist eine zusätzliche Überweisung, die wir beantragt bekommen haben. Also wir überweisen zusätzlich an den Innenausschuß.

Frage: Wer stimmt dieser Überweisung an den Innenausschuß zu, den bitte ich um das Handzeichen. -

Wer ist dagegen? -

Wer enthält sich der Stimme? -

Dann ist das auch so beschlossen. Bitte schön, zur Geschäftsordnung.